

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Berliner Landeszentrale für politische Bildung stärken: für einen zweiten Standort im Osten der Stadt

Drucksachen 19/1620 und 19/1972 – Schlussbericht

Der Senat von Berlin

SenBJF – LZ Ltr

9(0)227- 4961

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

Über: Berliner Landeszentrale für politische Bildung stärken: für einen zweiten Standort im Osten der Stadt

- Drucksache Nr. 19/1620 und 19/1972 – Schlussbericht

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 07.11.2024 Folgendes beschlossen:

„Landeszentrale für politische Bildung in Berlin ist ein zentraler Akteur für Wissensvermittlung, Demokratiebildung und Beteiligung. Der Senat ist aufgefordert, im Gespräch mit der Landeszentrale für politische Bildung geeignete Maßnahmen festzulegen, die zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Die aufsuchende politische Bildungsarbeit hat dabei eine besondere Bedeutung, weil sie Zielgruppen erreicht, die durch klassische Angebote der politischen Bildung nicht erreicht werden. Zusätzlich ist die Einrichtung einer Koordinierungsstelle außerschulische politische Bildung und Schule bei der Berliner Landeszentrale für politische Bildung zu prüfen. Außerdem soll der Senat alle Vorbereitungen treffen, den zweiten Standort im Osten der Stadt wie geplant einzurichten. Dieser Standort soll spätestens im Jahr 2025 eröffnet werden.“

Hierzu wird berichtet:

Der Standort (Revaler Str. 29 in 10245 Berlin) der Berliner Landeszentrale für politische Bildung ist am 04.06.2024 eröffnet worden. Seitdem ist dienstags, mittwochs und freitags das Besuchszentrum von 10.00 – 18.00 Uhr geöffnet und es finden regelmäßig thematisch unterschiedliche Veranstaltungen statt. In Folge der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Eröffnungsfeier und aufgrund verschiedener Werbemaßnahmen wie einer Beitragsreihe auf den Social Media Kanälen der Landeszentrale sowie zwei Anzeigen und einem Textbeitrag in der Berliner Woche (für die Ausgaben in den östlichen Stadtbezirken) wächst der Zuspruch stetig, vor allem Gruppenangebote werden nachgefragt.

Die Perspektiven der aufsuchenden politischen Bildung werden vor dem Hintergrund des verabschiedeten Nachtragshaushaltes 2025 derzeit neu bewertet. Des Weiteren finden hierzu auch Beratungen im Kuratorium der Landeszentrale über die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung statt. Aktuell werden die folgenden Projekte gefördert: vier Projekte der sozialräumlich aufsuchenden politischen Bildung, zwei Projekte der politischen Grundbildung, vier Projekte mit der türkeistämmigen Community, vier Projekte mit der arabisch-sprachigen Community und vier Projekte, die sich an Menschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihre Nachkommen richten.

Zwischen Oktober 2022 und Juli 2024 führte die Berliner Landeszentrale für politische Bildung auf Grundlage einer Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung das Modellprojekt „Politische Bildung mit allen“ zur Stärkung der Kooperation zwischen Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt und Trägern der außerschulischen politischen Bildung durch. Das sehr erfolgreiche Projekt wurde in Kooperation mit dem Lehrstuhl Politikdidaktik / Politische Bildung der FU Berlin durchgeführt und dokumentiert. Es kann als ein gutes Beispiel für die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer politischer Bildung gelten.

Vor dem Hintergrund des verabschiedeten Nachtragshaushaltes 2025 wird die Einrichtung einer Koordinierungsstelle außerschulische politische Bildung und Schule derzeit geprüft.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 21.01.2025

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister

Katharina Günther-Wünsch
Senatorin für Bildung,
Jugend und Familie